

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Mark

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 0,30 Gulden, die 2. Seite 0,20 Gulden, die 3. Seite 0,15 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Womments- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 106

Mittwoch, den 7. Mai 1924

15. Jahrg.

## Entscheidende Volkstagsberatungen.

Danzig, den 7. Mai 1924. E. L.

Die politische Atmosphäre im Freistaat Danzig ist mit Konflikstoff geschwängert. Noch niemals wurde einer Tagung des Volkstages mit soviel Erwartung entgegengesehen, wie heute, wo das Danziger Parlament nach mehrwöchiger Pause seine Beratungen wieder aufnimmt. Die letzte Tagung des Volkstages vor den Osterferien endete mit einer schrillen Dissonanz. Das vom Senat nach langem Sträuben dem Volkstag vorgelegte Wohnungsbaugesetz fand keine Mehrheit. In Wirklichkeit bedeutete das ein Misstrauensvotum des Parlaments gegen den Senat, zum mindesten gegen den deutschnationalen Bauernator Dr. Leske. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, wie unhaltbar die Regierungsverhältnisse im Freistaat Danzig sind. Die jetzige Minderheitsregierung ist auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, wenn sie ihre Gesetze durchbringen will. Daran ergibt sich ein fortwährendes Verhandeln und Kompromittieren hinter den Kulissen und die ganze Regierung wird zu einer Fortwursterei, bei der es dem Senat nicht darauf ankommt, wichtige Gesetzentwürfe durchzubringen, sondern sich möglichst lange im Amt zu halten. Den Schaden aber trägt die Danziger Bevölkerung, indem solche wichtigen Gesetze wie das über den künftigen Wohnungsbau um Wochen und Monate verzögert werden.

Angesichts der Tatsache, daß der jetzige Senat nur eine Minderheitsregierung ist, muß man sich immer wieder wundern, woher diese Regierung den Mut hernimmt, sich über Beschlüsse der Volkstagsvertretung glatt hinwegzusetzen, wie es bei der Ablehnung des vom Volkstag beschlossenen Amnestiegesetzes geschehen ist. Der deutschnationale Senat sieht seine Stellung gegenüber der Volkstagsvertretung heute genau so an wie seinerzeit die kaiserliche deutsche Regierung unter Bethmann-Hollweg. Bei dem Zabern-Skandal im Jahre 1912 erklärte sich die Mehrheit des Reichstages bekanntlich gegen Bethmann-Hollweg, der die brutale Diktatur des deutschen Militarismus in Elsaß-Lothringen verteidigte. Bethmann-Hollweg aber dachte nicht daran, aus diesem Misstrauensvotum die Konsequenzen zu ziehen. Er und seine Regierung lästeten sich nicht als Beauftragte des deutschen Volkes, sondern als die Handlanger Wilhelm II. Wenn aber irgendetwas mit dazu beigetragen hat, Deutschland in der Welt unbeliebt zu machen, so war es eben diese vom Volkswillen unabhängige Regierung, die in Deutschland geübt wurde. So sehr unsere Deutschnationalen auch sonst über Bethmann-Hollweg schimpfen, in dieser Stellungnahme gegenüber der Volkstagsvertretung erscheint er ihnen als ihr Ideal. Der Senat ist nach ihrer Meinung nicht ausführende Organ des Parlaments, sondern eine selbstherrliche Körperlichkeit, die neben der parlamentarischen Unabhängigkeit der früheren Kaiserregierung in Deutschland auch noch die Vorrechte der Monarchie für sich beansprucht. Nur so ist es zu verstehen, daß der Senat es überhaupt wagen konnte, das Amnestiegesetz abzulehnen und dafür aus eigener Machtvollkommenheit einige Begnadigungen zu erlassen. Diese Sabotage des Parlamentarismus und diese Machtaneignung des Senats dürften bei den kommenden Volkstagsberatungen eine große Rolle spielen. Die Sozialdemokratie wird hier aufs Schärfste gegen den Senat Stellung nehmen und es wird von den bürgerlichen Mittelparteien abhängen, ob sie sich diese Herabsetzung der Machtbefugnisse des Volkstages durch den Senat werden gefallen lassen.

Die wichtigste Frage wird bereits in der heutigen Volkstagsitzung behandelt werden. Zu den von dem früheren Senator Jewelowski erhobenen schweren Vorwürfen gegen die Geschäftsführung und die Politik einzelner Senatoren will der Senat heute durch eine vom Senatspräsidenten vorgebrachte Regierungserklärung Stellung nehmen. Die Parteien selbst werden sich erst morgen zu der Angelegenheit äußern. Als eine beschämende Tatsache aber müssen wir heute erneut feststellen, daß die bürgerliche Presse, abgesehen von dem deutschnationalen Organ sich zu dieser Angelegenheit, insbesondere auch zu den Jewelowskischen Anklagen, völlig ausgedrückt hat, insbesondere auch die beiden Organe der Partei Jewelowskis, die „D. N.“ und auch die sonst mehr links gerichtete „Danziger Zeitung“. Ein erneuter Beweis dafür, wie wenig selbst das liberale Bürgertum sich mit dem demokratisch-parlamentarischen Geist, der schließlich auch in der Danziger Verfassung vorhanden ist, vertraut gemacht hat. Diese Unfähigkeit und Untätigkeit des Bürgertums hilft aber die Katastrophe mit beschleunigen, der der Danziger Freistaat zutreibt.

Es scheint, daß es einzig und allein wieder einmal der Sozialdemokratie vorbehalten bleibt, der Danziger Bevölkerung, vielleicht in letzter Stunde, Mahner und Beweiser zu sein. Sie hat in den ganzen vergangenen Jahren auf die Fehler der Senatspolitik hingewiesen und doch ließen sich weite Volksschichten im vorigen November noch von den nationalen Phrasen unserer Deutschnationalen betören, während jetzt feststeht, daß gerade diese Vaterlandspatrioten wichtige Sobetzrechte Danzigs preisgegeben haben. Wenn allerdings die

„Danziger Rundschau“ die Dinge kürzlich so darstellte, als ob die es einzig und allein von der Sozialdemokratie abhängt, ob wir weiterhin diese deutschnationale Minderheitsregierung hätten, so ist das doch eine arge Verdrehung der Tatsachen, wie es ebenso wenig der Wahrheit entspricht, daß der Sozialdemokratie die von Jewelowski vorgebrachten Tatsachen schon seit langem bekannt gewesen seien. Die „Danziger Rundschau“ findet es an der Zeit, auch einmal an eine andere Regierungskombination zu denken, hält dafür aber eine Neueinstellung der Sozialdemokratie für notwendig. Hier handelt selbst das demokratische Bürgertum wieder einmal nach dem Satz: Sannemann geh du voran. Dazu ist bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Volkstag und der bisherigen Haltung der bürgerlichen Mittelparteien die Sozialdemokratie nicht in der Lage. Notwendig ist erst einmal eine Lösung der bürgerlichen Mitte aus dem Schlepptau der Deutschnationalen, weil nur so eine Wendung zum Besseren in der Außen- und Innenpolitik Danzigs möglich ist. Sollte sich die bürgerliche Mitte zu einer solchen Rettungstat für unsern Freistaat aufschwingen können, die Sozialdemokratie wird ihr nicht hindernd im Weg stehen.

### Regierungskrise in Mecklenburg.

Die Deutschnationalen unter deutschvölkischer Fuchtel.

In der gestrigen Plenarsitzung des Landtages Mecklenburg-Schwerin wurde der Ministerpräsident Freiherr von Brandenstein von der Deutschvölkischen Freispartei gestürzt, weil seine Stellungnahme zu dem Sachverständigenrat nicht der Ansicht der Deutschvölkischen entsprach. Die Sozialdemokraten schlossen sich dem Misstrauensantrag an, der mit 36 gegen 27 Stimmen angenommen wurde.

Die gestürzte Regierung bestand aus Deutschnationalen und Volksparteilern und war im März d. J. gebildet worden. Die Deutschvölkischen waren über den deutschnationalen Ministerpräsidenten deshalb ungehalten, weil dieser sich für

## Ergebnisse und Lehren der Reichstagswahl.

Mißerfolge der kleinen Parteien.

Nach den bis gestern in Berlin vorliegenden amtlichen Meldungen hat die Reichstagswahl folgendes Ergebnis gehabt:

Partei	Stimmen	100 Mandate
Verein. Sozialdemokratie	5.973.770	65
Zentrum	3.899.022	44
Deutsche Volkspartei	2.642.843	28
Deutschnational	5.755.009	96
Demokratische Partei	1.657.451	18
Bayerische Volkspartei	941.982	10
Kommunistische Partei	3.712.001	41
Bayer. Bauernbund	683.093	7
N. Hannoveraner	318.451	3
USPD	249.172	3
Bund der Bauern	58.580	0
Christl. Soziale	124.800	1
N. Arbeitnehmerpartei	36.130	0
N. Sozial.	338.356	4
Freier Wirtschaftsbund	35.122	0
Händlerbund	23.538	0
Landliste	568.288	6
Rationale Freispartei	59.788	0
Rationale Minderheitspartei	133.628	1
Partei der Mieter	46.975	0
Republikanische Partei	45.775	0
Sozialer Bund	25.607	0
N. völk. Freispartei	1.917.578	21
Bayer. Mittelstandsbund	5.681	0
Völkischer Block	9.439	0
Parteilose Wirtschaftl.-Gr.	1.847	0

insgesamt gültige Stimmen 29.257.116 471 Mandate

Die Parteizersplitterung bei der Reichstagswahl war diesmal außerordentlich groß. Insgesamt hatten 26 Parteien Wahlvorschläge eingereicht. Mehrere in den letzten Monaten neugegründete Parteien, wie insbesondere die Republikanische Partei, waren mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf gezogen. Aber in keinem Wahlkreis ist es der Republikanischen Partei, der Arbeitnehmerpartei, der USPD und dem Lebensbund gelungen, die für Erlangung eines Mandates notwendigen 60.000 Stimmen anzubringen, so daß auch keine Berechnung auf der Reichsliste erfolgen kann. Anstandslos verdrängte Agitation und Zersplitterung, die nur der Rechten zugute kommt.

### Der Zusammentritt des Reichstages.

Der neugewählte Reichstag wird voraussichtlich zum 22. Mai einberufen werden.

### Deutschnationale Sehnsucht nach den Regierungssesseln.

Die Berliner Blätter melden, werden sich die Reichstagsabgeordneten der Landliste der Deutschnationalen Fraktion anschließen. Dadurch würden die Deutschnationalen zur stärksten Fraktion des Reichstages wer-

den. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Volksanzeigers“ drückte der deutschnationale Führer Herget die Bereitwilligkeit seiner Partei aus, eine Rechtsregierung im Reiche zu bilden. Die Deutschnationale Partei würde als Regierungspartei eine Außenpolitik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schleuniger Verständigung herbeizuführen. Dem Gutachten der Sachverständigen und der Aufforderung zu Verhandlungen ist die deutschnationale Volkspartei nicht von vornherein ein entschiedenes Unannehmbar entgegen, wohl aber Vorbehalte, die nötig und unverzichtbar seien. Sie würde dem deutschen Volke die großen wirtschaftlichen Lasten niemals zumuten, bevor die häufig genannten Ehrenpunkte befriedigend gelöst worden seien.

### Generalausperrung im Ruhrbergbau.

Aus Essen wird gemeldet:

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die polnische Berufsvereinigung und der Gewerkschaften Hirsch-Dunker (Bergarbeiter) haben beschlossen, die bisherige tarifliche Schicht von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage beizubehalten. In einem Aufruf der genannten vier Bergarbeiterverbände wird dieser Beschluß den Bergarbeitern mitgeteilt, aber gleichzeitig betont, daß ein Streik von den Verbänden ausdrücklich abgelehnt wird.

Dieser Beschluß war deshalb notwendig, weil die Grubenbesitzer die Verlängerung der Arbeitszeit um 1 Stunde diktiert haben. Nach dem nun die Bergarbeiterverbände sich für die Beibehaltung der alten Arbeitszeit erklärt haben, glauben die Bergwerkskapitalisten mit brutalen Machtmitteln die Bergarbeiter niederzwingen zu können. Dienstagabend haben sie die gesamten Belegschaften ausgesperrt. Seit dieser Zeit ruht die Arbeit auf den sämtlichen Zechen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Von der Aussperrung werden etwa 300.000 Bergarbeiter betroffen. Die Besatzungsbehörden haben erklärt, daß sie strikte Neutralität üben werden. Die Halbenstände für die kohlenverbrauchende Industrie sind gleich Null, infolgedessen muß man bei einer längeren Dauer des Kampfes mit der Stilllegung weiterer Betriebe, vor allem der Metallindustrie rechnen, wodurch weitere 150-200.000 Arbeiter brotlos werden würden. Nach Wittermeldungen aus Dresden ist gestern auch in allen Gruben des sächsischen Kohlenbergbaues die Aussperrung der Bergarbeiter erfolgt. Die Kohlenstandsarbeiten werden zunächst in der Hauptsache von Bergbeamten verrichtet.

Gegenüber dieser Regierungsehnsucht, die ein Aufgeben der bisherigen strikten Ablehnung jeder Erfüllungspolitik bedeutet, machen die radikalen Deutschnationalen Front. In der „Deutschen Zeitung“ rief Max Aurenbrecher einen Aufruf aus. Der Gedanke der Bürgerkoalition ist für ihn schon „Verwässerung der nationalen Opposition“.

„Die große Gefahr für die Deutschnationalen ist heute, daß sie sich dazu verführen lassen, nunmehr auch eine Mittelpartei zu werden. Die Sozialdemokraten in den Kommunisten, so haben die Deutschnationalen heute in den Deutschvölkischen eine Stützpartei, der es äußerst erwünscht kommen würde, wenn es ihr gelänge, die Mutterpartei nach der Mitte abzurängen.“

Die Deutschnationalen haben es heute in der Hand, entweder sich in die Mitte der großen Koalition abdrängen zu lassen oder die Führung der nationalen Freispartei zu gewinnen. Von ihrer Entscheidung wird es abhängen, ob der große Aufschwung, den der nationale Gedanke bei diesen Wahlen nahm, zum endgültigen Siege führen wird oder nicht.“

Ob die Deutschnationalen sich für das eine oder für das andere, für die Fortführung der Demagogie oder für die Einnahme ihrer Machtgebiete entscheiden werden: die Zukunft und die Dauer des neuen Reichstages ist jedenfalls auf das höchste ungemiß. Sollen sie ihre Zustimmung zur Erfüllungspolitik erkaufen um den Preis von Ministerposten und eines reaktionären Kurzes in der inneren Politik, so wird die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Kraft sich diesem Rechtskurs entgegenwerfen. Sollen sie aber die Lösung der Reparationsfrage verhindern, so wird die Entscheidung über das Geschick des neuen Reichstages sehr bald fallen müssen.



# Annahme der städtischen Stats in erster Lesung.

## Die Wohnungsbaufrage. - Kritik an der Umsatzsteuer. - Verhandlungen im Gemeindefreierstreik. - Erhöhung der Hundesteuer.

Die Statsberatungen im Stadtparlament nehmen in diesem Jahr einen ungewöhnlichen Umfang an. Nachdem sich bereits vier bis fünf Sitzungen fast ausschließlich mit den Haushaltsplänen beschäftigt haben, konnte gestern in einer Dauer Sitzung, die von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends dauerte, die erste Lesung der städtischen Haushaltspläne zu Ende geführt werden. Der Etat der

### Feuerwehr

kam zunächst zur Debatte. M. d. St. Winter (D. P.) forderte Maßnahmen zu treffen, daß auch im Winter die Tüchtigkeit der Feuerwehr nicht behindert wird. Die Industrieunternehmen seien anzuhaken, sich eigene Wehren zu gründen. Weiter forderte er eine Kontrolle der Kamme durch die Feuerwehr. Von dem M. d. St. Groß (Wka) wurde betont, daß die Feuerwehrleute so besoldet werden müssen, daß sie ohne Nebenverdienst leben können. M. d. St. Range (Dnatl.) rügte, daß vor Benutzung der städtischen Krankenwagen ein ärztliches Attest beigebracht werden muß. Senator Fuchs erwiderte, daß davon nicht abgegangen werden könne, da ansteckende Kranke mit dem Sanitätswagen nicht befördert werden dürften. Für diesen Zweck stehe im Arbeitshaus ein Gesspann bereit. Ueber die Tätigkeit der Feuerwehr im vergangenen Jahr berichtete Redner, daß die Wehr 16 Großfeuer, 27 Mittelfeuer, 156 kleinere Brände und 52 Schornsteinbrände gelöscht habe. In 61 Fällen wurde blinder Alarm und in 43 Fällen Unfug am Marder festgestellt. Der Haushaltsplan der Feuerwehr, der einen Zuschuß von 87 000 Gulden erfordert, wurde sodann genehmigt.

### Die Beschläge in der Frauengasse.

Etwas außer Acht wurde die Ausdrache bei Reparatur des Hochbaueisels. M. d. St. Winter (D. P.) trat warm für die Erhaltung der Frauengasse in ihrer jetzigen Form ein. Auf städtische Kosten möge man die schadhaften Beschläge reparieren. Weiter forderte er die Befestigung der Beschläge an der Marienkirche; am Bahnhof und in der Nähe der Markthalle müßten neue Bedürfnisanstalten eingerichtet werden. Senator Beste antwortete, daß nach Einführung der neuen Währung die Möglichkeit gegeben sei, mehr wie bisher für die Erhaltung Danziger Kunstdenkmäler zu tun. Die Restarbeiten an der Marienkirche werde befristet. Die polnische Eisenbahnverwaltung beschloß, den Hauptbahnhof umzubauen, dann werde auch an die Schaffung einer Retirade am Bahnhof herangezogen. M. d. St. Groß (Wka) beantragte für zwei technische Sekretäre Beförderungskstellen einzurichten. M. d. St. Kaban (A.) forderte wiederum die Befestigung der Kommunalkasse in Neufahrwasser.

M. d. St. Gen. Omasowski machte auf den erschreckenden Verfall der Bau- und Kunstdenkmäler Danzigs aufmerksam. Wenn nichts zu ihrer Erhaltung geschehe, seien sie in wenigen Jahren vollständig verfallen. Pflicht des Senats sei es, für die Erhaltung der für Danzig charakteristischen Beschläge zu sorgen. Regierungsrat Grunert hat den Antrag Groß abgelehnt, da ohnehin Ausschussmöglichkeiten bestehen. M. d. St. Ringer (A.) forderte Gebührenfreiheit für die Beschläge.

### Das Wohnungsbauproblem.

Wie zu erwarten war, entspann sich bei dem Etat der Bauverwaltung eine Debatte über die Schaffung von Wohnneubauten. Ein deutschnationaler Antrag forderte, daß der Senat mit den Annahmeverträgen im Rangverhältnis zusammenkomme, um über die Lösung des Wohnungsbauproblems zu beraten. M. d. St. Kappelmann (D. Soz.) gab die Anregung, das frühere Arbeitshaus in der Töpfergasse und die alte Schindelfabrik zu Wohnneubau umzubauen. M. d. St. Becker (Dnatl.) kam auf das Angebot der Bremer Firma, in Danzig Betonhäuser herzustellen, zu sprechen. Er sprach sich gegen das Angebot aus. Senator Beste erwiderte, daß die Angelegenheit der Betonhäuser noch nicht spruchreif sei. Es sei in der Hauptsache eine Finanzfrage, auch liege ein polnisches Angebot der Bremer Firma noch nicht vor. Einer Aussprache mit den Annahmeverträndern müßte nichts im Wege, doch hatten theoretische Auseinandersetzungen keinen Zweck, solange die Geldfrage nicht gelöst sei. M. d. St. Dr. Herrmann (D. P.) drückte sein arges Befremden darüber aus, daß der Volkstag in die Ferien gegangen sei, ohne die Wohnungsbaufrage vorher zu entscheiden. Er richtete an den Senat die Aufforderung, nach § 3 des Stadtbürgerrechtsgesetzes Gesetzentwürfe in der ersten Linie die Stadt Danzig anzugehen, der Stadtbürgererschaft zur Begutachtung vorzulegen. M. d. St. Dr. Thun (Jtr.) hand dem Angebot der Bremer Firma nicht schonend gegenüber. Gegen die Betonbauten würden immer wieder die gleichen Einwände erhoben, die schon längst widerlegt seien. Man müßte an Ort und Stelle die Verhältnisse nachprüfen. M. d. St. Dinklage (D. P.) forderte Steuererleichterung für Neubauten, weiter Befestigung oder Herabsetzung der Grundwertsteuer. Senator Beste erwiderte, daß alle Parteien im Volkstage die schnelle Lösung des Wohnungsbauproblems wünschten, sich aber über die Anbringung der Baumittel nicht einig würden. Der Wohnungsbaufrage könne nicht gebaut werden, selbst wenn Grund und Boden dazu kostenlos hergegeben werde. Es kam dann zur Abstimmung. Der Antrag Groß wurde schließlich angenommen. Beschlossen wurde ferner, die Bedürfnisanstalt an der Marienkirche zu befestigen und die Benutzung der Bedürfnisanstalten für Frauen gebührenfrei zu lassen. Der Haushaltsplan für Hochbauverwaltung, der einen Zuschuß von 571 000 Gulden erfordert, wurde sodann angenommen.

### Ungebührliche Belastung Danzigs.

Aum Etat der Steuerverwaltung bemerkte M. d. St. Reiske (Dnatl.), daß die Belastung der Stadt mit 60 Prozent der gesamten Verwaltungskosten entsetzlich hoch sei. Etwa 40 Prozent seien angemessen; 300 000 Gulden müßte die Stadt ungerechtfertigt zahlen. Oberregierungsrat Dr. Gallausch erklärte die Ausstellungen als berechtigt an. Der Verteilungsmäßig werde im nächsten Jahre geändert. Dann kam ein Antrag, der dem Bundesrat Danzigs sehr gefährlich werden konnte. M. d. St. Kappelmann (D. Soz.)

stellte den Antrag, die Steuer für Hundehunde zu verdoppeln. M. d. St. Winter (D. P.) war mit diesem Antrage einverstanden und verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über den Steuerdruck, der auf Handel und Industrie lafte. Insbesondere wandte er sich gegen die Umsatzsteuer, und es war interessant zu hören, wie all die Gründe, die damals die sozialdemokratischen Redner gegen diese Steuer vorgebracht, nun von einem bürgerlichen Redner wiederholt wurden. Dem M. d. St. Brunzen (Dnatl.) ging der Antrag auf Verdoppelung der Hundesteuer zu weit. Er beantragte, die Steuer für Hundehunde von 1 auf 5 Gulden zu erhöhen, es bei dem ersten Hund bei der bisherigen Steuer von 30 Gulden zu belassen, jedoch die Steuer für den zweiten Hund von 85 auf 60 Gulden, für den dritten von 70 auf 120 und für jeden weiteren Hund auf 140 Gulden zu erhöhen. Für die Erhöhung der Hundesteuer trat auch M. d. St. Gen. Warner ein. Es sei gleich bemerkt, daß der Antrag Brunzen mit großer Mehrheit angenommen wurde.

### Gegen die Umsatzsteuer.

M. d. St. Froese (Dnatl.) war mit dem jetzigen Mahnverfahren bei Steuerrückständen nicht einverstanden. M. d. St. Dinklage (D. P.) ritt dann wieder einmal eine scharfe Attacke gegen die Grundwertsteuer, was nicht verwunderlich ist, da er als Häusermaler an einem lebhaften Grundstückshandel interessiert ist. Gegen die Umsatzsteuer wandte sich dann auch der Deutschnationaler Bronski. Auch hier eine Wiederholung der seitherzeit von sozialdemokratischen Rednern vorgebrachten Gründe. M. d. St. Gen. Warner forderte, daß zum mindesten die Lebensmittel von der Umsatzsteuer befreit werden, die Schlemmersteuer könne man dafür erhöhen. Wenn durch die Grundwertsteuer die Häuerverkaufung behindert würde, sei das nur zu begrüßen. In dem gleichen Sinne bewegte sich auch die Ausführungen des M. d. St. Gen. Stierke, der dann noch auf die Schädigung der städtischen Betriebe durch den Streik der Gemeindefreier hinwies.

Interessant war, was Oberregierungsrat Gallausch über die Steuerfreudigkeit der ländlichen Besitzer sagte. Im Januar und Februar seien die Steuerrückstände auf dem Lande sehr groß geworden, da die Herrschaften wegen der schlechten Wirtschaftslage eine Rückzahlung nicht übersehen. Aber dann seien Lastautos in Begleitung von Landjägern hinausgeschickt worden, worauf die Steuern ohne weiteres gezahlt worden seien. Jetzt gingen die Steuern von den Landwirten pünktlich ein. Der Deutschnationaler Banfried war über diese Mitteilungen nicht erbaud; unter Heiterkeit der Mehrheit des Hauses erklärte er, daß die Landwirtschaft dadurch beleidigt worden sei.

Der Etat der Steuerverwaltung wurde sodann angenommen.

### Die Beratung des Haupthaushaltsplans

entfesselte dann noch einmal eine allgemeine Aussprache über die verschiedenen Stats, obwohl bei ihrer Einzelberatung reichlich Gelegenheit war, Wünsche und Forderungen vorzutragen. M. d. St. Dr. Herrmann (D. P.) verleserte rechtzeitige Vorlage der Stats.

### Der Gemeindefreierstreik.

M. d. St. Gen. Weber machte einen Vorschlag, daß in Zukunft die Statsberatungen wesentlich vereinfacht werden. Den Haupthaushaltsplan möge man als ersten Stat beraten und damit eine allgemeine Aussprache verbinden. Die Einzelstats könnten dann in den Ausschüssen durchberaten werden. Die Ausgleichssumme des Hauptstats ist seit 1914 von 12 Millionen Gulden auf 18,5 Millionen Gulden, mithin um 54 Prozent, gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg jedoch die Steuerlast von 30 auf 90 Gulden pro Kopf der Bevölkerung, also eine Steigerung um 80 Prozent. Das Mehraufkommen wird also einzig und allein von der Verwaltung beansprucht. Um Erparnisse zu erzielen, möge man die beiden Polizeikörper zusammenlegen, wobei nach Ansicht von Sachleuten 300-400 Beamte gespart werden könnten. Die städt. Betriebe erbringen nach dem Etat einen Ueberschuß von 950 000 Gulden. Um so unverständlicher ist es, daß der Senat den städtischen Arbeitern die geringe Lohnerhöhung verweigert. Dem Ausschuss für die städtischen Betriebe ist vom Senator Runge eine nicht zutreffende Darstellung über die Verhandlungen im Gemeindefreierstreik gegeben worden, wodurch dieser veranlaßt wurde, von einem Beschluß Abstand zu nehmen. Redner forderte, daß der Senat nunmehr seine soziale Rückständigkeit aufgibt und alles tut, um den Streik beizulegen.

Die gleiche Forderung erhob auch M. d. St. Ringer (A.).

Senator Runge erwiderte, daß neue Verhandlungen im Gange seien; es sei mit einem baldigen Ende des Streiks zu rechnen. Er konnte es sich aber nicht verkneifen, von „übertriebenen Forderungen“ der Arbeiter zu sprechen.

Von übertriebenen Forderungen könne gar keine Rede sein, antwortete M. d. St. Gen. Marquardt dem Senator. In der Privatindustrie würden erheblich höhere Löhne gezahlt, als wie sie von den Gemeindefreier gefordert würden. Die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter müßten vorbildlich sein, erklärt M. d. St. Gen. Warner. Die Stadtbürgererschaft sei mit Hinblick darauf, daß die städtischen Arbeiter so gering entlohnt werden.

Von der Renten wurde ein Antrag eingebracht, wonach Wohnungskauf ohne weiteres zulässig sein sollte. M. d. St. Gen. Runge trat diesem Ansuchen energisch entgegen und wies darauf hin, daß dadurch der Wohnungs-schiebeldor und Tür geöffnet werde. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt. Nach weiterer uninteressanter Debatte wurde der Haupthaushaltsplan mit 19 000 000 Gulden für 1924 angenommen.

### Weitere Lohnvereinbarungen in Brauererbe.

Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Brauereiwesen Danzig-Land und den Arbeitnehmerorganisationen wurde vereinbart, daß für dieses Gebiet die gleichen Stundenlöhne wie in Danzig-Stadt gelten. Im Großen Betber beträgt der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 1,16 Gulden und für Hilfsarbeiter 1,07 Gulden. Der Stundenlohn für Stukkateure beträgt für das ganze Gebiet der Freien Stadt Danzig 1,38 Gulden.

### Bersärfung des Gemeindefreierstreiks.

Der Streik der staatl. und städt. Arbeiter dauert jetzt 11 Tage und noch ist das Ende nicht abzusehen. Der Senat hat bekanntlich den Antrag der Stadtbürgererschaft eine Kommission zur Verhandlung einzusetzen abgelehnt, da nach seiner Ansicht direkte Verhandlungen zweckmäßiger seien. Die Gewerkschaften haben sich dann auch zu Verhandlungen mit dem Senat bereit erklärt. Diese fanden zunächst am Montagvormittag statt. Um den Weg zur Verständigung zu bahnen, erklärten sich die Arbeitnehmer bereit, ihre Lohnforderung für April zu ermäßigen, wünschten aber gleichzeitig eine Regelung für Mai. Sie beantragten für April eine Lohnerhöhung von 2 Pfa. pro Stunde und eine Erhöhung der sozialen Zulagen von 2 Pfa. pro Stunde; für Mai eine weitere Lohnerhöhung von 4 Pfa. pro Stunde. Die Löhne für März betragen: für Handwerker 77, für Ungelehrte 67, für Arbeiter 63 Pfa., die Sozialzulage 1 Pfa. pro Stunde. Nach der vorstehenden Forderung würden die Löhne für April 79, 69, 65 Pfa., die sozialen Zulagen 3 Pfa. die Stunde betragen. Für Monat Mai sollten diese Sätze außer den Sozialzulagen um je 4 Pfa. erhöht werden. Man wird den Gemeindefreier somit gemiß nicht den Vorwurf übertriebener Forderungen machen können.

Der Senat hielt aber selbst diese mäßigen Vor schläge für zu hoch und schlug seinerseits vor: bei einer Regelung für April und Mai zusammen für Handwerker 4 Pfa., für Ungelehrte und Arbeiter 3 Pfa., für soziale Zulagen 2 Pfa. bei einer Regelung für Mai allein 5, 4 und 2 Pfa. Ein Gegenanschlag der Arbeitnehmer bei einer Regelung für Mai allein 8 Pfa. die Stunde zu bewilligen, wurde vom Senat als unannehmbar erklärt. Eine Verhandlung hierzu führte trotz weiterer Entgegenkommen der Arbeitnehmer zu keinem Resultat. Am Dienstag machte der Senat einen neuen Vorschlag, der zwar noch weit hinter dem Angebot von Montag zurückblieb. Unter solchen Umständen war natürlich jede Verständigung ausgeschlossen. Die Schuld daran tragen nicht die Gewerkschaften. Sie müssen deshalb jede Verantwortung für die Fortsetzung des Kampfes ablehnen. Sie waren zum Frieden bereit, selbstverständlich nicht zum Frieden um jeden Preis. Die Front der Streikenden steht fest. Der Kampf wird mühsam und in weicher Ordnung und Disziplin geführt.

Die Gewerkschaften haben bisher nur mit einem Teil der Arbeiterschaft den Kampf geführt. Sie wollen fast in den nächsten Tagen kein befriedigendes Ergebnis in der Lohnfrage erzielt wird, nunmehr auch die Arbeiter der öffentlichen Krankenhäuser und Frauenküchen beitreten. So hat eine außerordentliche Versammlung des Kampfes eintrat wurde. Ob es soweit kommen muß, hängt einzeln und allein von dem Verhalten des Senats ab.

### Der Bankskandal in Danzig.

Das Tagesgespräch in Danzig bilden neben dem Ausgange der Reichstagswahlen dieser Tage die Vorgänge bei der Danziger Girobank A. G. Dieses verhältnismäßig junge Bankinstitut ist plötzlich in Zahlungsschwierigkeiten geraten, und zwar nicht, wie so manche Bank im Reich, durch verfehlte Spekulationsoperationen, sondern infolge merkwürdiger Kreditoperationen.

Die Danziger Girobank hatte von einer Firma E. Weismann, deren Geschäftsbearbeitung jetzt undurchsichtig genannt wird, die aber in Bankkreisen immer „als gut“ galt, Schecks auf Remort gekauft. Diese Schecks waren ausgestellt von der Danziger Bank und Handelsgesellschaft, der Herr Weismann als Aufsichtsratsmitglied nahe stand. Dieser Kauf von Dollarschecks ist an sich kein ungewöhnliches Ereignis. Es ist dies ein Vorgang, der in Danzig von jedem Institut getätigt wird. Der springende Punkt liegt jedoch darin, daß die Danziger Bank und Handelsgesellschaft, wie es heißt, unausgefüllte Scheckformulare mit ihrer Unterschrift an Weismann als Aufsichtsratsmitglied ausgehändigt hat und daß dieser Beträge auf diese Schecks angefüllt hat, für die er anscheinend nicht Deckung hatte, noch schaffen konnte. Der erste Vorgang muß zum mindesten eine grobe Fahrlässigkeit genannt werden, während der zweite Vorgang glatter Betrug ist.

Die auf diese Art und Weise großzügig zuhandeltene Kreditvergabe durch die Danziger Girobank A. G., die als ein besonderer Fall noch nebenher läuft, hätte niemals Ansehens erregt und wäre in dem Beratungsausschuß der Direktion geblieben, wenn nicht durch plötzliche Nichterfüllung von Schecks die Zahlungsfähigkeit der Danziger Girobank in Frage gestellt worden wäre. Es ist besonders auch die Art der Kreditvergabe, die zur Kritik herausfordert. In der heutigen Zeit der kolossalen Geldknappheit sollten nur Kredite gegeben werden, um zum mindesten für die Bevölkerung lebenswichtige Betriebe aufrecht zu erhalten und nie und nimmer dazu, Spekulationskäufe zu unterstützen. Nach allem, was man über diesen Fall hört, soll nunmehr durch Stellung von Sicherheiten die durch die Nichterfüllung der gelaufenen Schecks entstandene große Schuld der Danziger Girobank gedeckt sein, aber diese Sicherheiten werden sich zunächst nicht realisieren lassen. Wenn heute auf dem Danziger Geldmarkt eine noch größere Verteilung eingeerren ist, so ist dieser Umstand in den Vorgängen bei der Danziger Girobank zu suchen, die Banken und Kaufleute, die darunter leiden, leiden unbillig, und wenn die Produktion ebenfalls dadurch beeinflusst wird und so auch auf die Konsumenten und die Arbeiterschaft wirkt, so beleuchtet auch dieser Vorfall, wie notwendig es ist, die Bankunternehmen nach einwandfreien Grundrissen zu bauen.

Die Schuldfrage liegt in der Hauptsache auf jeden Fall bei Herrn Weismann, den er hat freventlich geändert, wenn die Schecks antreffen. Formell liegt sie bei der Danziger Bank und Handelsgesellschaft. Sie hat gegenüber allen Banken einen Gewähr gehalten Blankettschecks und ihren Kunden so. Das ist ein Fall, der wohl noch nie in der Danziger Bank gekommen ist. Die Danziger Girobank hat formell auch ins Unrecht geiegt, da ihre Prüfung nicht die bei diesen Geschäften übliche Vorsicht walten ließ. Daß der Aufsichtsrat der Danziger Girobank diese Meinung teilt, geht aus der erfolgten Amtsenthebung der beiden bisherigen Direktoren hervor. Bevor aber noch nicht eine eingehende Klärung dieser das Danziger Wirtschaften so sehr schädigenden Angelegenheit erfolgt ist, wird man kein abschließendes Urteil fällen können. Nur so wünschen bleibt, daß die Verteilung des Geldmarktes nicht so lange währt, so daß wieder Handel und Wandel in Danzig eintritt, denn augenblicklich liegt das Geschäft in den Banken vollkommen still. Hier wäre es Aufgabe der Bank von Danzig, durch großzügige Kreditvergabe gerade an mittlere Banken im Wege des Wechseldiskonts diese Lücke zu durchbrechen!



Danzigs Wachstum.

Am Anfang der Monats November 1923 hatte die Stadt Danzig 201 752 Einwohner; Anfang April war die Zahl bereits auf 205 087 gestiegen.

Auch Zoppot weist eine steigende Bevölkerungszahl auf, obwohl hier das Verhältnis zwischen Geburten und Todesfällen ungünstiger ist wie in Danzig.

Die Aenderung des Zolltarifs.

Teilweise Verschärfung der Schutzzölle.

Wie mitgeteilt wird, sind die Beratungen der sachlichen Unterkommissionen über die Reform des politischen Zolltarifs nunmehr abgeschlossen.

Kast an sämtlichen Beratungen der sachlichen Unterkommissionen ist Danzig durch 1 bis 2 Vertreter der Handelskammer vertreten gewesen.

Der neue politische Zolltarif bringt 1. teilweise wesentliche Spezialänderungen der Unterpositionen.

Ueber die Zeit des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs haben Beschlüsse nicht stattgefunden.

Was ist Gegenstand des täglichen Bedarfs? Die Preistreiberverordnung findet bekanntlich nur Anwendung auf Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Fortgesetzte Diebstähle auf dem Lande. Wegen mehrfacher Diebstähle an Vieh und Getreide hatten sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht der Schlichter Gottfried Strauß, der Arbeiter Artur Strauß, der Fleischergehilfe Paul Zandowski, der Kleidergehilfe Georg Bilecki und der Oberwäcker Hermann Schulz, aus Niebur im Großen Werder zu verantworten.

Strauß rüde vor seiner Verhaftung aus, wurde aber wieder ergriffen. Das Gericht kam durch die umfangreiche Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagten die Diebe gewesen sind.

Der Rektor auf dem Kriegspfade.

Die unbequeme „Arbeiter-Jugend“. - Mißbrauch der Amtstellung.

Auf welche vorkriegszeitliche Art auch heute noch von amtlichen Stellen versucht wird, gegen die freie Jugendbewegung vorzugehen, zeigt folgende Schilderung:

Vor kurzer Zeit wurde in Bürgerwiesen eine Gruppe der Arbeiter-Jugend ins Leben gerufen. Da die Arbeiter-Jugend ihre Zusammenkünfte nicht in einem Gasthause oder Tanzlokal abhalten will, wurde bei der Gemeindevertretung ein Antrag auf Verleihung eines Schulzimmers für diese Zwecke gestellt.

Mit all diesen schönen Versprechungen konnte der alte Herr bei den jungen Genossen jedoch keinen Erfolg erzielen. Er fing nun die Sache am anderen Ende an.

Wegen des Verhalten dieses Herrn sind die notwendigen Schritte einzuleiten und wird abzuwarten sein, ob die verantwortlichen Stellen diesen parteipolitischen Mißbrauch einer Schulleitertelle billigen.

Die Renten der Kriegssopfer.

Das Kartell der Organisationen der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen hat sich mit dem Beschlusse des Volkstaates auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe für einen geringen Teil der Kriegssopfer nicht zufrieden gegeben.

Der Reichsbund der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neuteich, hatte die Kriegssopfer von Neuteich und Umgebung zu einer Versammlung am vergangenen Sonntag einberufen.

Die Preise für Schlachtvieh wurden auf dem gedrigen Viehmarkt wie folgt notiert: Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Bild: Rinder langsam, Käber geräumt, Schafe ruhig, Schweine langsam.

Der Uhrdiebstahl auf dem Kriegerverein. Ein Besucher in Ladekapp machte ein Kriegsfest mit. Als er nachts heimkehrte, entdeckte er, daß er zwar noch seine Uhrfeste besaß, aber die Uhr fehlte.

Eigennützige Vororglichkeit. Der Telegraphenarbeiter Paul Pollex in Danzig sah nachts einen Bauunternehmer angetrunken vor seinem Hause schlafen.

Auf welche Entfernung kann ein Auto halten? Zur Beurteilung von Automobilunfällen ist die Möglichkeit des Anhaltens des Wagens von großer Wichtigkeit.

Bärwalde (Gr Werder). Ein großer Schadenfeuer wütete hier. Das Wohnhaus des Besitzers Friedrich Langrau war in Brand geraten.

Beranstellungen der „Arbeiter-Jugend“.

Ortsgruppe Langfuhr. Heim Schule Neujohannisland. Mittwoch, den 7. Gejungsabend. Freitag, den 9. Neigenabend. Sonntag, den 11. Fahrt nach Baufan.

Ortsgruppe Bürgerwiesen. Donnerstag, den 8. Winterabend. Sonntag, den 11. Rejitationabend. Donnerstag, den 15. Liederabend. Sonntag, den 18. Fahrt nach Dittmin.

Ortsgruppe Seubude. Heim Schönwiese. Freitag, den 9. Mai, Vortragabend. Sonntag, den 11. Mai, Teilnahme an der Jugendwerbefest in Danzig.

Advertisement for Artus Pils beer, featuring a logo with a crown and the text 'ARTUS PILS' and 'Wo Artuspils im Glase schäumt. Die Konkurrenz den Freistaat räumt.'

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 6. 5. 24
1 Dollar: 5,68 Danziger Gulden.
1 Zloty, 1,11 Danziger Gulden.
1 Rentenmark, 1,36 Gulden.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Seber, für Interne Anton Fosten.

# Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

**Der deutsche Außenhandel im ersten Vierteljahr.** Nach den amtlichen Mitteilungen belief sich die Einfuhr im März d. J. auf 655,14 Millionen Goldmark gegen 718,59 Millionen Goldmark im Februar, die Ausfuhr auf 455,56 Mill. Gm. (466,19). Der Wert der Einfuhr in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres beträgt demnach 1979,27 Millionen Goldmark, der Wert der Ausfuhr 1353,73 Mill. Goldmark. Danach ist im März ein geringer Rückgang sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr festzustellen. Er ist jedoch bei der Einfuhr größer als bei der Ausfuhr. Die Einfuhrverminderung rührt hauptsächlich von dem Rückgang des Rohstoffimports her, während die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken sowie von Fertigerzeugnissen gestiegen ist. Nach Mengen berechnet betrug die Einfuhr im März d. J. 26,61 Mill. Doppelzentner gegen 28,56 Mill. Doppelzentner im Februar, die Ausfuhr 8,62 Mill. Doppelzentner (9,97). Insgesamt betrug danach mengenmäßig die Einfuhr im ersten Vierteljahr 81,18 Mill. Doppelzentner, die Ausfuhr 24,13 Mill. Doppelzentner.

**Günstige Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes.** Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes belebte sich der Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des März durch die eingetretene milde Witterung und die Wiederaufnahme der Außenarbeiten in Landwirtschaft und Baugewerbe erheblich. Auch in den einzelnen Industrien belebte sich trotz der drückenden Kreditnot die Lage. Nur der Bergbau zeigte eine überwiegend ungünstige Entwicklung, vor allem infolge der Unsicherheit der Geschäftslage im westdeutschen Gebiet. Im ganzen darf der derzeitige Beschäftigungsgrad trotz unverkennbar günstiger Momente noch keineswegs als volkswirtschaftlich befriedigend angesehen werden. Die Gesamtandrangsbilanz bei den Arbeitsnachweisen sank von 545 auf 331 Gesuche auf 199 offene Stellen. Die Inanspruchnahme der Arbeitsstellen für die im westlichen Gebiet hat auch im April weiter stark nachgelassen. Es wurden am 15. April nur noch rund 476 000 Postenverhältnisse gegenüber 976 000 am 15. März unterstellt. Arbeitskräfte werden infolge einer Milderung der Bestimmungen im allgemeinen nicht mehr unterstellt.

**Der Abstieg der Dresdner Bank ist auch für das Jahr 1923 noch in Papiermarkt angeht.** Die einzelnen Bilanzposten sind so frisiert, daß aus ihnen meienachende Schlüsse auf die Liquidität des Unternehmens und auf die Geschäftsbearbeitung nicht gezogen werden können. Der Reinergebn von 9,4 Millionen Goldmark erscheint demnach ganz willkürlich errechnet. In der Bilanz sind wertvolle Anlageposten, die noch in der vorigen Bilanz mit anschaulichen Posten erschienen, vollkommen abgeschrieben. So eigene Wertpapiere, die in der vorigen Bilanz noch mit 111 Millionen Papiermark angegeben waren, Bankguthaben, die man im vorigen Jahre noch mit 55 Millionen Papiermark bewertet hatte, Beteiligungen an anderen Banken und Bankfirmen, die im vorigen Jahre noch mit 19,4 Millionen Papiermark angesetzt waren. Am Rande vermerkt ist, daß man die schon früher auf 1 M. abgeschrieben Konvertierbare Aktien un verändert anführt und daß man die Bankguthaben, die im vorigen Jahre noch als Vermögenswert von 5 Millionen Papiermark angegeben wurden, jetzt bei 0,5 Millionen Papiermark in der Bilanz anführt. In diesen Abschreibungen finden von vornherein große Rückstellungen, die dem Reinergebn verloren gehen. Es entspricht dieser

ausgang nur Verhinderung der erzielten Gewinne angelegten Bilanz, daß man auch von der Ausschüttung einer Dividende absteht. Auf das stark vermehrte Aktienkapital würde der Prozentsatz auch nur ganz gering sein können. Der Geschäftsbericht erwähnt, daß man eine Reihe kleinerer Niederlassungen aufgelöst hat.

**Ein Geschäft.** Den Gläubigern und Einlegern der in Konkurs geratenen „Hermes-Bank, H.-G.“ in Chemnitz wurde vom Konkursverwalter mitgeteilt, daß der Konkurs eingestellt werden müsse, weil keine Konkursmasse vorhanden sei, aus welcher die Forderungen befriedigt werden könnten. Wenn sich offenbar Betrug mit so hohen Gefängnisstrafen belegt würde, wie etwa die Fortnahme eines Bankes durch Unartige, dann würde wenigstens eine Spur von Gerechtigkeit zu erkennen sein. Im übrigen ist für die Moral in Spekulantentrieben bezeichnend das Verhalten vieler Konkursgläubiger, sich den Verpflichtungen zu entziehen, mit der Behauptung, diese Geschäfte seien nichtig und die Erfüllung strafbar.

**Eine Verbindungsbahn der polnischen Montanreviere.** Zur Verbindung des östober-schlesischen, des Dombrowaer und des Krakauer Montanreviers soll eine elektrische Bahn angedacht werden. In diesem Zweck ist in Katowice eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Das Aktienkapital beträgt vorläufig 1 Mill. Zloty (1 Zloty gleich 1 Goldfr.). Dazu sollen 2 Mill. Zloty Obligationen ausgeben werden. Das Netz der geplanten Bahn soll 180 Kilometer lang werden. Es wird jedoch in unterrichteten Kreisen angenommen, daß es zur Verwirklichung des Projekts notwendig sein wird, größere Summen aufzubringen.

**Weltproduktion von Zink.** Vor dem Kriege wurde die Weltproduktion auf ungefähr 1 Million Tonnen jährlich geschätzt. Im Jahre 1919 belief sich die Weltproduktion auf 930 000 Tonnen. Der Produktionsrückgang während des Krieges ist nunmehr durch die Produktionssteigerung der letzten Jahre (1921: 451 000 Tonnen, 1922: 690 000 Tonnen, 1923: 937 000 Tonnen) vollkommen ausgeglichen worden. Infolge der die Produktion bei weitem übersteigenden Nachfrage erziehen die Zinkreviere eine erhebliche Steigerung. (1921: 26,1 Bhd. St., 1922: 29,15 Bhd. St., 1923: 33,93 Bhd. St.). Die Produktionsverteilung auf die verschiedenen Länder zeigt folgendes Bild (Tonnenzahl in Tausend ausgedrückt): Belgien 129; Frankreich 45; Österreich 135; England 46; Vereinigte Staaten 43. Die Vereinigten Staaten erzeugen jetzt 46 Prozent der Weltproduktion gegen nur 31 Prozent im Jahre 1913. Die Zinkproduktion in Österreich ist vom Jahre 1913, wo Österreich ungefähr 10 Prozent weniger als die Vereinigten Staaten erzeugte, auf mehr als die Hälfte zurückgegangen.

**Die Baumwollspinnzahl der Welt.** Nach dem Bericht der Internationalen Baumwollspinner- und Webereivereinigung betrug in der ersten Hälfte des laufenden Baumwolljahres (Ende 31. Januar 1924) die Weltspinnzahl 157 477 000 Stück (gekürzt) und zeigt damit gegen das Vorjahr keine Veränderung von Bedeutung. 629 450 000 Stück sind Nufs- und 94 531 000 Stück Spinnfasern. 26 302 000 Spinnfasern sind ägyptische Baumwolle, der Rest hauptsächlich amerikanische. Rund 1329 000 Spinnfasern befinden sich in der Montage. Die Verteilung auf die einzelnen wichtigsten Länder ergibt: England 567 240 000 Spinnfasern, Der Staaten 377 400 000, Frankreich 96 000 000, Deutschland 938 200 000 (gekürzt), Indien 7 928 000,

Japan 4361 000, China 3333 000, Belgien 1 470 000 Stück. Nach der Zusammenstellung betreffend Betriebseinschränkung, wobei die Einheit die Arbeitswoche von 48 Stunden bildet, war im Vergleich zum vorausgegangenen Halbjahr der Grad der Beschäftigung besser in England, Frankreich, Italien, Tschecho-Slowakei, Belgien, der Schweiz, in Finnland, Polen, Japan, Kanada und Mexiko, dagegen schlechter in Spanien, Holland, Schweden und China. Von Deutschland waren über diesen Punkt keine Berichte beim Sekretariat eingegangen. In England z. B. betrug die Betriebseinschränkung im Durchschnitt nur 5,85 Arbeitswochen gegen 7,77 in dem mit dem 31. Juli 1923 endenden Halbjahr.

**Der Verband sozialistischer Abstinenter,** angegliedert der Internationale abstinenten Sozialisten, hielt während der Spertage in Hagen seinen 2. Verbandstag ab. Aus den Geschäftsberichten war ein stetiges Anwachsen der Organisation festzustellen. Neue Satzungen wurden beschließen. Der Sitz des Verbandes wurde von Berlin nach Hagen verlegt. Talstraße 10, verlegt. Ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat des Genossen Nakenstein über das Alkoholverbot erscheint in Brotschütternorm im Verbandsverlag „Der Wille“, Hagen. Folgende Entschließung wurde an den Reichstagskanzler gefaßt: „Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes sozialistischer Abstinenter richtet zum Zweck der Sicherung eines ruhigen und würdigen Verlaufs der bevorstehenden Reichstagswahl und der sonstigen Wahlen an den öffentlichen Körperschaften an die Reichsregierung die folgende Bitte: Die Reichsregierung möge durch geeignete Maßnahmen und durch Einwirkung auf die Regierungen, der Länder dafür Sorge tragen, daß am Tage der Wahl sowie am vorhergehenden und nachfolgenden Tage der Ausverkauf und jede sonstige Abgabe alkoholhaltiger Getränke verhindert wird.“

**Warenkunde im Schaufenster.** Die Zentrale der Hausfrauenvereine Großberlins, der Letzterverein und der Verband Berliner Spezialgeschäfte beabsichtigen, vom 7. bis 10. Mai gemeinsam eine Ausstellung in neuen Formen zu veranstalten. Das Ausstellungsgebiet wird die Leipziger Straße sein. Die Firmen des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte wollen sich an der Ausstellung beteiligen, indem sie bestimmte Spezialaufgaben lösen, a. B. die Entfaltung der Textilien, die Entfaltung des Berliner Pfannkuchens (wobei der ganze Prozeß des Befebadens vorgeführt werden soll). Was ist der Unterschied zwischen Vulkanfaser- und Mohrwollmaterial? „Wie untercheidet man Seide und Kunstseide, Gelfell und Vellimitationen?“. Warenhäuser und große Firmen wollen einige Probleme durch Beispiele beleuchten, a. B. das Wohnzimmer eines jungen Ehepaars 1913 und 1924, eine Küchenausstattung 1913 und 1924. Die Herstellung von Papier und Emaille, von feuerfestem Ton, Gips und Porzellan wird vorgeführt. Lebensmittelhandlungen wollen ein Mittagessen, im Rohmaterial und fertig zubereitet, darstellen für die bürgerliche Küche, die feinere Küche und die hochleibende Küche. Mischverwertung, vitaminhaltige Nahrung, Schokoladen aller Art werden ausgestellt. Zudem die Hausfrauen die Entfaltung der von ihnen benötigten Waren kennen lernen, werden sie angeleitet, Wertloses von Wertvollem zu unterscheiden, die Sachen zu schonen, invarian zu sein.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Kranz- und Blumen spenden, für die trostreichen Worte der Gen. Malikowski und dem Gesangverein Freier Sänger, beim Heilungsgange meiner lieben Frau und Mutter meiner Kinder, sagen wir unsern innigsten Dank.  
**Felix Kaschubowski** und Kinder.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**  
Wir haben nach Anhörung des Sanpolizeitams im Einverständnis mit der Verwaltung der Stadtwirtschaft folgende Flugpläne aufgestellt:

- a) für eine Verbindungsstraße zwischen Mühlener Weg und Hochberg
- b) für die Grundstücke Hundebegasse - Straße Gerbergasse - Langgasse und Kirchhof, sowie Einmündungen Kleine Gerbergasse
- c) für eine Verbindung der bestehenden Flugpläne auf dem Gelände zwischen Langgasse - Juchswall - Juchswall und dem ehem. Kornspeicherungsamt
- d) für das Gelände zwischen Scharweg - Scharweg - projektierte Ringstraße und projektierte Ringstraße
- e) für die Fortführung der Ringstraße zur Ringstraße
- f) für das Langener Tor

Wir dem Ergebenen dieser Bekanntmachung ab in unserm Städtchen, Rathaus, Pfefferstraße, Zimmer 55, während der Dienststunden 4 Wochen hindurch öffentlich ausliegen.  
Einwendungen gegen diese Pläne sind innerhalb der angegebenen Frist mündlich oder schriftlich bei unserm Städtchen anzubringen.  
Danzig, den 5. Mai 1924.  
Der Senat.  
Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

**Reise- und Arbeiterarbeiten.**  
Die Erwerbzeiten auf dem Kleinen Gartenplatz sollen in öffentlicher Verbindung durchgeführt werden.  
Termin am 18. Mai 1924.  
Die Bedingungen sind im Rathaus, Pfefferstraße, Zimmer 55 anzusehen.  
Hochbauverwaltung.

**Sanit. Danziger Kasse.**  
Der Sanit. Danziger Kasse, Pfefferstraße 4, 1. Etage, 1924.

**Stadttheater Danzig.**  
Intendant: Rudolf Schaper.  
Sontag, Mittwoch, den 7. Mai, abends 7 Uhr:  
Donnerstags Serie II.  
**Die Gárdásfürstin**  
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emmerich Kalman. In Szene gesetzt von Erich Stenach. Musikalische Leitung: August Koller.  
Beginn um bekannt. Ende gegen 10 Uhr.  
Donnerstag, den 8. Mai, abends 7 Uhr. Donerstage Serie I. **Die Gárdásfürstin**  
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emmerich Kalman. In Szene gesetzt von Erich Stenach. Musikalische Leitung: August Koller.  
Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr. Donerstage Serie III. **Die Gárdásfürstin**  
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emmerich Kalman. In Szene gesetzt von Erich Stenach. Musikalische Leitung: August Koller.

**Zur Konfirmation!!**  
**Preisermäßigung**  
**Photogr. Kunstwerkstätte**  
**Potreck, Danzig**  
Südwinkel 2 pt., Ecke Hofmannheim Personal  
daher sind meine Preise äußerst niedrig

**Singer Nähmaschinen**  
in altbewährter Güte für Haushalt, Gewerbe u. Industrie  
Danzig, L. Damm 5

**Wohnungsuchende**  
Danziger Staatsbürger  
kommt zur Veramtlung des Vereins der wohnungsuchenden Danziger Staatsbürger, e. B., am Freitag, dem 9. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale des Deutschen Volkshauses, Heilige-Geist-Gasse Nr. 82.  
Tagesordnung:  
1. Sachstandsbericht. 2. Maßnahmen gegen die schufloße Lage der Untermieter. 3. Ausprüche. 4. Verschiedenes.  
Der Vorstand. 12901

**Zahnleidende**  
Durchgehende Sprechzeit von morgens 8-7 Uhr abends Sonntags von 9-12 Uhr vorm  
Pfeiferstraße Nr. 71, 1 Treppe  
2 Minuten vom Hauptbahnhof.  
Geleitet vom Bestreben, den höchsten Anforderungen des zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, betrachte ich es als **Hauptaufgabe**, jedem Zahnersatzbedürfnis kostengünstige Behandlung anzubieten zu lassen. Jeder sieht selbst ein, daß aus **gesundheitlichen Rücksichten** ein Zahnersatz **unbedingt** notwendig ist, da zum **größten Teil alle Magenkrankheiten** auf die Ursache eines schlechten Gebisses zurückzuführen sind.  
**Erstklassige Ausführung** in naturgetreuer, feststehender Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Reparaturen, Umarbeitungen in einem Tage, Zahnziehen bei Bestellung kostenlos. Kronen und Brückenarbeiten in Gold u. Goldersatz. Stützähne usw. 12549  
**Plombieren** mit den neuesten Apparaten wird sehr schonend und gewissenhaft ausgeführt.  
**Schmerzloses Zahnziehen** betreffend wird speziell hingewiesen auf die Anerkennung und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.  
**Die Preise** sind sehr niedrig, Zahnersatz pro Zahn von ... **2 Gulden** an.  
Zahnziehen mit Betäubung, Plomben von ...  
Neuzilliäre hygienische Operationszimmer. — Eigenes Laboratorium.  
Anwärtige Patienten werden möglichst an einem Tage behandelt.

**Staviersstimmer**  
Hiesige Pianofabrik sucht einen äußerst tüchtigen, gewissenhaften Klavierstimmer gegen hohen Lohn in dauernde Stellung. Geh. Angebots unter Nr. 1246 an die Expedition der Volksstimme.  
**Zu verkaufen:**  
1. Winter-Heberischer (aus) Seide 70 G. 2. Untermantel mit Wäse à 33 G., für 50. Schärfer 15. 1 Tr. (+)  
Heilbäder, garnierter **Sommerhut** zu verkaufen. Offerten unter 1242 an die Exped. der Volksstimme. (+)

**Stempel & Schilderfabrik Hering**  
Marktschausweg 6  
12150  
**Zu verkaufen:**  
Ein neuer kompletter Kachelofen, da überzählig. J. Heeling, Heubude, Am Eulenbruch 6. (+)

**gut erhalt. Tisch**  
zu verkaufen. (+)  
Fuchswall 8, 3 Tr.  
Guter, neuer **Gehrock-Anzug**  
(Größe 1,70) für 125 G zu verkaufen. Offert. unt. V. 2038 an die Exped. der Volksstimme. (+)

Alte und junge **Rehpincher**  
zu verk. Quaschniewski, Petershagen 10a, Hof. (+)  
**Gute Milchziege**  
zu verkaufen. Richter, Rehbrauer Wea 9. (+)  
**Kleider, Hüfen u. Röcke**  
werden sauber zu Tagespreisen angefertigt. (+) **Jenny Sakolowski**, Spennhausweg 5, 2 Tr.

**Damen-Hüte**  
werden billig und neu umgearbeitet auch neu angefertigt. 12597  
**Hübner**, Steinkreuz 2b, 1 Tr.  
**Wer dreifert**  
meinen 1 J. alt. Schäferhund zum Schatz u. Sachhund. Ausführl. Angeb. mit Preis unt. 1243 an d. Exped. d. Volksstimme. (+)